



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 22/GP

26.02.2018

Huml: Ärztliche Hilfe muss weiter wohnortnah zu finden sein - Bayerns Gesundheitsministerin anlässlich der KVB-Versorgungskonferenz in Bayreuth - Bedarfsplanung soll sich an den Bedürfnissen vor Ort orientieren

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml setzt auf eine enge Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft bei dem Ziel, dass sich die Menschen auch auf dem Land weiter auf eine hochwertige medizinische Versorgung verlassen können. Huml betonte am Montag anlässlich der diesjährigen Versorgungskonferenz der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) in Bayreuth: "Ärztliche Hilfe muss wohnortnah zu finden sein. Das gilt auch für die ländlichen Regionen. Die Versorgung in Bayern ist derzeit auf hohem Niveau. Das bayerische Gesundheitsministerium will im Zusammenwirken mit der KVB dazu beitragen, die wenigen Lücken in der Versorgung in Bayern zu schließen und die regionale Versorgung nachhaltig zu gestalten."

Die Ministerin fügte hinzu: "Für die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung im Freistaat ist grundsätzlich die KVB zuständig. Hierbei ist sie auch erfolgreich: Mit ihren Sicherstellungsmaßnahmen aus dem gemeinsam mit den Krankenkassen finanzierten Strukturfonds konnte sie seit 2014 bereits in insgesamt 4 Planungsbereichen bestehende Unterversorgung beseitigen und in 13 weiteren Planungsbereichen drohende Unterversorgung zum Beispiel mit der Förderung von Niederlassungen, Zweigpraxen oder Anstellungen abwenden."

Huml erläuterte: "Auch das bayerische Gesundheitsministerium hat frühzeitig die Weichen gestellt, damit die Menschen auch künftig Haus- und Fachärzte in ihrer Nähe haben. So hat Bayern als eines der ersten Bundesländer ein Programm aufgelegt, mit dem die Niederlassung von Haus- und Fachärzten im ländlichen Raum gefördert wird. Ferner bietet das bayerische Gesundheitsministerium jungen Medizinerinnen bereits im Studium mit einem Stipendium Anreize, auf dem Land als Arzt tätig zu werden. Im Doppelhaushalt 2017/2018 stehen dafür insgesamt 11,2 Millionen Euro zur Verfügung."

Die Ministerin unterstrich: "Wir sind in Deutschland gut damit gefahren, ein System der Selbstverwaltung in der Gesundheitsversorgung zu haben. Das gilt auch für die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung in Bayern. Unser gemeinsames Ziel ist, dass die Menschen überall in Bayern gut versorgt sind."

Huml ergänzte: "Wir müssen den Selbstverwaltungs-Partnern in Bayern noch mehr



Möglichkeiten geben, um auf die regional unterschiedlichen Bedürfnisse der Versicherten gezielt reagieren zu können. Deswegen bleibt die Politik gefordert, einen geeigneten Rahmen abzustecken - und auch korrigierend einzugreifen, wenn dies erforderlich ist. Bestehende regionale Strukturen sollten noch besser genutzt werden, eine weitere Vernetzung fördern wir auch im Rahmen unserer 'Gesundheitsregionen plus'."

Bayern hatte sich bei den Koalitionsverhandlungen unter anderem erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Strukturfonds zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung erhöht, verbindlicher ausgestaltet und flexibilisiert wird. Zudem wurden Verbesserungen in der Bedarfsplanung für niedergelassene Ärzte vereinbart. Huml erläuterte: "Erfreulich ist, dass die Bedarfsplanung jetzt stärker an den Bedürfnissen vor Ort ausgerichtet werden soll. Sie soll kleinräumiger, bedarfsgerechter und flexibler gestaltet werden. Gleichzeitig erhalten Ärztinnen und Ärzte in unterversorgten ländlichen Regionen regionale Zuschläge."

Die Ministerin ergänzte: "Noch dazu sieht der Koalitionsvertrag Regionalisierungen, verknüpft mit einer stärkeren sektorenübergreifenden Zusammenarbeit und Vernetzung im Gesundheitswesen vor. Entsprechende Vorschläge soll eine eigene Bund-Länder-Arbeitsgruppe erarbeiten. Ich könnte mir auch die flächendeckende Einrichtung regionaler Versorgungskonferenzen vorstellen, bei denen auch die Kommunalpolitik eine starke Stimme hat."